

02

Herr Oberbürgermeister Dr. Badenschier o.V.i.A.

Antrag auf Stellenbesetzung/Funktionsbesetzung**hier: Antrag des Fachdienstes 50 vom 08.03.2017 zur Besetzung der Stelle 08002 /
Funktion Sozialarbeiter(in)/-pädagoge(in)**

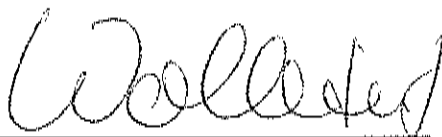
Der beigefügte o.g. Antrag auf Stellenbesetzung/Funktionsbesetzung wird Ihnen mit der Bitte um Entscheidung übersandt. Durch den Fachdienst Hauptverwaltung wird wie folgt Stellung genommen:

Die Stelle 08002 wurde zum Stellenplan 2017/2018 neu eingerichtet. Ursächlich dafür war eine Fallzahlenbemessung im Jahr 2016. Im Ergebnis wurde festgestellt, dass für die Aufgabe Eingliederungshilfe ein Mehrbedarf von zwei Stellen besteht. Mit dem Fachdienst wurde sich darauf verständigt, dass eine Sachbearbeiter- und eine Sozialpädagogenstelle eingerichtet werden.

Des Weiteren wurde in einer Arbeitsgruppe bestehend aus dem Fachdienst Soziales, dem Fachdienst Gesundheit und der Fachgruppe Organisation an der Prozessoptimierung der Eingliederungshilfe gearbeitet. Ziel ist die federführende Wahrnehmung des gesamten Prozesses „Eingliederungshilfe“ durch den Sozialhilfeträger (Steuerungsverantwortung) unter Beteiligung der Leistungserbringer. Diese Prozessanpassung, welche im Grunde zusätzlichen Stellenbedarf zu Folge hat, wird in Absprache mit dem Fachdienst 50 vorerst ohne weiteren Stellenzuwachs durchgeführt.

Ohne die Besetzung der beiden zum Stellenplan 2017/2018 eingerichteten Stellen kann angesichts der bestehenden Fallzahlen weder eine adäquate Aufgabenwahrnehmung gewährleistet werden, noch die geplante Prozessanpassung erfolgen.

Entsprechend wird die Besetzung organisatorisch befürwortet.



Hartmut Wollenteit

Entscheidung des Oberbürgermeisters

Die Besetzung der Stelle/Funktion wird

☒ genehmigt☐ nicht genehmigt.Schwerin, 26.6.17

Dr. Rico Badenschier

OKZ	Planstelle/Bezeichnung
50.3	08002 / Sozialarbeiter(in)/-pädagog(e/in)

Spezifische Stellenausstattungsangaben

(gesetzliche Grundlagen, Prüfergebnis Veberas/ LRH, Fallzahlen, Städtevergleich und Wertung)

Im Jahr 2016 erfolgte eine Fallzahlenbemessung für das Aufgabengebiet Eingliederungshilfe in der Fachgruppe Behindertenhilfe, stationäre Pflege, sonstige soziale Leistungen (50.3) des Fachdienstes Soziales (50). Im Ergebnis wurde festgestellt, dass für die Aufgabe Eingliederungshilfe ein Mehrbedarf von zwei Stellen besteht. Mit dem Fachdienst wurde sich darauf verständigt, dass zum Stellenplan 2017/2018 eine Sachbearbeiter- und eine Sozialpädagogenstelle entsprechend eingerichtet werden (08001 – Sachbearbeiter(in), 08002 – Sozialarbeiter(in)/-pädagog(e/in)).

Die Stellen stehen demnach noch unter dem Vorbehalt der Haushaltsgenehmigung durch die Rechtsaufsichtsbehörde. Um eine möglichst zeitnahe Besetzung der Stellen zu ermöglichen, wird die Zustimmung zur Besetzung vorab und vorbehaltlich der Genehmigung durch das Innenministerium eingeholt.

Ursächlich für die dringliche Besetzung ist neben der oben genannten Fallzahlenbemessung, dass derzeit eine Arbeitsgruppe bestehend aus dem Fachdienst Soziales, dem Fachdienst Gesundheit und der Fachgruppe Organisation an der Prozessoptimierung der Eingliederungshilfe arbeitet. Ziel ist die federführende Wahrnehmung des gesamten Prozesses „Eingliederungshilfe“ durch den Sozialhilfeträger (Steuerungsverantwortung). Da diese Prozessanpassung zusätzliche Stellenressourcen bindet, ist die Umsetzung erst nach Besetzung der zwei neu eingerichteten Stellen möglich.¹

Ohne die Besetzung der beiden zum Stellenplan 2017/2018 eingerichteten Stellen kann angesichts der bestehenden Fallzahlen weder eine adäquate Aufgabenwahrnehmung gewährleistet werden, noch die geplante Prozessoptimierung erfolgen.

Entsprechend wird die Besetzung organisatorisch befürwortet.

¹ In diesem Zusammenhang sei angemerkt, dass diese Stellen angesichts der Fallzahlenbemessung eingerichtet wurden und die Prozessanpassung ggf. weiteren Stellenzuwachs zur Folge hat. Der Fachdienst 50 hat sich aber in Anbetracht des derzeit nicht kalkulierbaren Stellenbedarfs dazu bereit erklärt, die Prozessänderungen vorerst mit den im Stellenplan 2017/2018 vorhandenen Stellen einzuführen.